

AGS:NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Januar 2011

seite 1

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

2011: Das Jahr des Hasen beginnt!

In der Dezember-Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN habe ich mir im Aufmacher einige Gedanken zum Weihnachtsmann und seinen Gaben gemacht und Wünsche für 2011 geäußert. Sind diese Themen damit erledigt? Mitnichten! Als Unternehmer blicken wir über unseren Tellerand. Wie könnten wir da China außer Acht lassen? Dort wird erst am 3. Februar Neujahr gefeiert, und es beginnt das **Jahr des Hasen**. Nach dem chinesischen Kalender sind den Jahren nämlich Symbole zugeordnet. Und die haben eine völlig andere Bedeutung als wir erwarten würden.

Was fällt uns zum Thema „Hase und Politik“ ein?

Hasenfüßig geht die Bundesregierung dringende Reformen an, so die notwendige Neuordnung und Vereinfachung des Steuerrechts („*Erwartungen des Handwerks wurden stark enttäuscht*“, S. 6).

Im Wettlauf der **Gesetzgebungs-Hasen** und **Finanzzocker-Igel** siegen die Igel ungehindert, weil Wettbewerbsregeln fehlen oder nicht eingehalten werden. Der Genuss eines *Hasen* im Edel-Restaurant ist bei Vertretern der LINKEN (Lafontaine, Wagenknecht und Ernst) eher angesagt als der Verzehr einer Erbsensuppe in einer Kantine (kein Vorwurf aus Missgunst, sondern die Reaktion auf Wasser-Prediger, die Wein trinken).

Was erwarten die Chinesen von der Schirmherrschaft des Hasen über die Zukunft?

Ein **Hase-Jahr** wird eine Zeit des friedlichen Miteinanders, geprägt von Sanftmut, Harmonie und Genuss. Kompromisse gelingen gut und es gibt nur wenige Machtkämpfe. Geldverdienen wird eine leichte und entspannte Angelegenheit. Hase-Jahre sind eine Zeit zum Luftholen und Auftanken (*Quelle: Sabine Hoffeler in „Suite 101“*).

Gelten diese Erwartung auch für uns in Deutschland? Ich fürchte: eher nicht. Vor uns liegen etliche Landtagswahlen. Für friedliches, harmonisches Miteinander ist das eine ungünstige Zeit!

Wir gehen als SPD mit den besseren Konzepten in die Wahlen. Aus Furcht, diese Wettbewerbe der Ideen zu verlieren, werden Union und FDP auf gewohnte Rote-Socken-Angst-Kampagnen setzen, wie bereits zur Zeit praktiziert. Es ist auch nicht zu erwarten, dass den Regierungs-„Partnern“ in Berlin vernünftige Kompromisse gelingen und dass sie auf Machtkämpfe verzichten. In Düsseldorf sieht es hoffnungsvoller aus. Rote und Grüne haben zu guter Zusammenarbeit gefunden, wenn auch nicht jeder gefundene Kompromiss Anlass zum Jubeln gibt.

Kommen wir zum Geldverdienen als leichte und entspannte Angelegenheit. Das gilt für einige, die ihr Geld mit windigen Finanzdienstleistungen verdienen oder sich der Gunst der Bundesregierung erfreuen dürfen



(Hoteliere, Pharmaindustrie, etc.). Ehrliche Arbeit kann nicht gemeint sein. Aber wir sozialdemokratische UnternehmerInnen erwarten auch nicht, unser Geld leicht zu verdienen. Zu unserem Handeln gehören Verantwortungsbewusstsein („Eigentümergeverantwortung“, S. 6), Fleiß, Pflichtbewusstsein, Kreativität. Eigenschaften, um die man uns in China beneidet und durch die wir auf den Märkten bestehen.

2011 wird für uns kein Hase-Jahr zum Luftholen und Auftanken.

Aber ganz ohne Luftholen und Auftanken wird es nicht gehen. Ich wünsche allen Leserinnen und Le-

sern bei der Verfolgung beruflicher und privater Ziele einen langen Atem und genügend Gelegenheiten zum Auftanken. Damit meine ich natürlich nicht den teuren Besuch an der Tankstelle, sondern Zeit zu Muße und Besinnung. Und Zeit, sich politisch für die Ziele der AGS zu engagieren.

In diesem Sinne:
Glück auf!



André Brümmer
AGS-Landesvorsitzender NRW

INHALT

- **SEITE 1 / EDITORIAL:**
André Brümmer: „Das Jahr des Hasen beginnt!“S. 1
- **AUS DEN REGIONEN:**
AGS Köln: Veranstaltung mit der IHKS. 2
AGS Bottrop: Neujahrsempfang im „Cottage“ war ein grosser ErfolgS. 3
AGS RegioAachen: Gegen Bürgerbefragung zu HaushaltseinsparungenS. 4
- **HANDWERK:**
Aus- und Weiterbildung: Das Handwerk stellt sich dieser AufgabeS. 5
Motor des Aufschwungs: 5000 neue Arbeitsplätze in NRWS. 5
Kritik an Bundesregierung: Erwartungen des Handwerks wurden stark enttäuschtS. 6
Röpke-Symposium 2010: „Eigentümergeverantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft“S. 6
- **AUS DER SPD-LANDTAGSFRAKTION NRW:**
André Stinka: Dioxinskandal hat Konsequenzen...S. 9
Sören Link: Stellungnahme zu „Kopfnote“ angekündigtS. 9
- **GASTBEITRAG:**
Lars Barteit, Vorsitzender der AGS BaWü: „Fachkräfte – Wirtschaftsfaktor der Zukunft“S. 10
- **REDAKTIONSSCHLUSS, TERMINE, VORSCHAU AUF DIE FEBRUAR-AUSGABE, IMPRESSUM**S. 12

AUS DEN REGIONEN

AGS KÖLN

VERANSTALTUNG MIT DR. HERBERT FERGER, HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER DER IHK KÖLN, AM 29. SEPTEMBER 2010

Von Christiane Breuer, stv. Vorsitzende der KölnAGS

Nach einem ersten Treffen der KölnAGS mit Herrn Dr. Herbert Ferger in der ersten Jahreshälfte 2010 wurde für das zweite Halbjahr 2010 eine Mitgliederversammlung der AGS in den Räumlichkeiten der IHK verabredet.

Die Veranstaltung diente dazu, Einblicke in die Arbeit und das Informations- und Serviceangebot der IHK zu geben, wobei Herr Dr. Ferger zum überwiegenden Teil für Rückfragen aus der Mitgliedschaft zu Verfügung stand. Dabei ging es im ersten Teil der Veranstaltung insbesondere um die gesetzlichen Grundlagen der IHK, die Aufgaben der IHK und die Zusammensetzung der einzelnen Gremien (Präsidium, Vollversammlung, Ausschüsse, regionale Wirtschaftsgremien), die Wahlbeteiligung im Rahmen der Vollversammlung, den Bezirk der IHK-Köln, die Mitgliedschaft und die IHK-Beiträge sowie um das Angebot der IHK inklusive Beratungs- und Aufklä-

rungsleistungen. Nähere Details zu vorgenannten Themengebieten können der Homepage der IHK (www.ihk-koeln.de) – insbesondere unter den Rubriken „Ihre IHK Köln“ und „Geschäftsfelder“ – entnommen werden.



Im Rahmen der Diskussion führte Herr Dr. Feger über die Bemühungen zur Intensivierung des Kundenkontakts und entsprechende Kundenzufriedenheitsanalysen aus. Im Weiteren ging es um Dienstleistungen der IHK für Unternehmen in der Krise. Auch zu Standpunkten des Arbeitspapiers der IHKs in NRW, welches u. a. die duale Ausbildung und außerbetriebliche Übergangsmaßnahmen betrifft, nahm er Stellung. Zudem ging es um die Verbesserung der Situation von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte im betrieblichen Bereich, und was die IHK in diesem Bereich konkret unternimmt. Vor diesem Hintergrund stellte sich auch die Frage, wie stark Selbständige mit Migrationshintergrund im Kreise der Unternehmerschaft vertreten sind, und ob die IHK insbesondere für diese Unternehmensgruppe etwas anbietet. Insbesondere führte Herr Dr. Feger aus, was die IHK hinsichtlich der Anerkennung ausländischer Schul- und Ausbildungsabschlüsse unternehme. Der Aspekt „berufsbegleitende Ausbildung/Studium“ wurde ebenfalls thematisiert. Des Weiteren stand das Thema „Umweltengagement“ und die Position der IHK zur Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken auf der Agenda.

Im dritten und letzten Teil der Veranstaltung äußerte sich Herr Dr. Feger sowohl zu der Koalitionsvereinbarung der Landesregierung als auch zum städ-

tischen Koalitionsvertrag und erläuterte die Positionen der IHK, insbesondere zur Gewerbesteuererhöhung. Zum Abschluss wurde übereinstimmend festgehalten, den Meinungsaustausch zwischen der AGS und der IHK aufrecht zu erhalten.



Detaillierte Informationen zur Veranstaltung sowie die Antworten und Positionen Herrn Dr. Fegers sind dem [ausführlichen Bericht](#) (PDF, 696 kB) zu entnehmen. <

AGS BOTTROP NEUJAHRSEMPFANG IM „THE COTTAGE“ WAR EIN GROSSER ERFOLG

Ein großer Erfolg war der Neujahrsempfang der AGS Bottrop: etwa 110 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit folgten der Einladung ins „Cottage“ an der Herzogstraße.

Gleich drei hochkarätige Redner gaben sich am vergangenen Sonntag die Ehre: Den Reigen eröffnete der **Bundestagsabgeordnete Michael Gerdes**, der in seinem Grußwort an die Bergmännischen Traditionen Bottrops gemahnte und die anwesenden Unternehmer aufforderte, am Strukturwandel in Bottrop mitzuarbeiten.



Professor Gerd Bittner von der Hochschule Ruhr West erläuterte in seinem Vortrag Möglichkeiten zur Kooperation mit der Hochschule und zeigte sich sichtlich erfreut, auch im Anschluß an seinen Vortrag mit zahlreichen Bottroper Unternehmern ins Gespräch zu kommen.



Der Bottroper Oberbürgermeister Bernd Tischler schließlich schloss den Kreis mit einem hochinformativen Vortrag zu „Innovation City“ – auch hier viele Ansatzpunkte für die heimische Wirtschaft.

Mit dem Besuch der Veranstaltung waren die Gastgeber hochzufrieden: „Wir haben rund 130 Menschen eingeladen, etwa 110 sind gekommen“, so die stellvertretende Vorsitzende Susanne Brefort. Besonders erfreut zeigten sich die Veranstalter, dass auch Gäste aus den umliegenden Städten – Mülheim, Gelsenkirchen, Gladbeck, Essen – der Einladung gefolgt waren.



Die AGS Bottrop veranstaltet in jedem ungeraden Monat zum Monatsanfang einen Unternehmerstammtisch, der parteioffen stattfindet. Jeder Unternehmer und jede Führungskraft ist hierzu herzlich willkommen. Zu jedem Termin werden Referenten gebeten, zu einem aktuellen Thema einen Vortrag zu halten.



Da der nächste Termin im März noch nicht feststeht, werden Interessenten gebeten, sich bei Susanne Brefort unter susanne@brefort.de zu melden oder auf Ankündigungen in der lokalen Presse zu achten. <

AGS REGIOAACHEN GEGEN BÜRGERBEFRAGUNG ZU HAUSHALTSEINSPARUNGEN

Die schwarz-grüne Mehrheit im Rat der Stadt Aachen hat eine „Bürgerbefragung zu Einsparungen im Städtischen Haushalt“ beschlossen.

Dort werden die Bürger befragt, ob Gewerbe- und Grundsteuer, die Eintrittsgelder des Theaters und/oder die Parkgebühren erhöht werden sollen, ob es eine „Hotelsteuer“ geben soll, ob ein beitragsfreies 1. Kindergartenjahr beibehalten werden soll u.a. Diese Umfrage ist nicht nur von SPD und FDP, sondern auch von der IHK Aachen abgelehnt worden, die IHK hat sogar zum Boykott aufgerufen.

Weitere Informationen:

- > [IHK-Kritik an Umfrage der Stadt Aachen](#)
- > [Presseerklärung der AGS RegioAachen](#)

HANDWERK

AUS- UND WEITERBILDUNG:

DAS HANDWERK STELLT SICH DIESER AUFGABE – LANDESREGIERUNG NRW HILFT DEN BILDUNGSWILLIGEN

Eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit ist die Aus- und Weiterbildung. Die Handwerkskammern engagieren sich hier vorbildlich. Am Beispiel der HWK Düsseldorf möchten wir auf ein breit gefächertes Bildungsangebot hinweisen.

Das nun vorliegende „Weiterbildungsprogramm 2011“ enthält drei Angebotsblöcke:

a) Unternehmensführung

Dabei geht das Angebot weit über Kurse zur Meisterprüfung hinaus. Hilfe zu einer erfolgreichen Unternehmensführung wird vielfältig angeboten, auch für Azubis. Ob erfolgreiches Auftreten beim Kunden, Verkaufsschulung, Telefontraining: hier werden junge Leute fit gemacht, und den Nutzen haben die Azubis wie der Betrieb. Für den Chef gibt es Kurse für erfolgreiche Pressearbeit, Forderungsmanagement, praktische Umsetzung von EU-Richtlinien, Vertrags- und Steuerrecht, Buchhaltung und vieles mehr.

b) EDV-Lehrgänge

Grundlagenlehrgänge gehören zum Angebot wie auch Buchhaltungs- und Online-Lehrgänge.

c) Allgemeines Angebot

Dazu gehören Beratungsangebote z.B. zu Ausbildung, Betriebswirtschaft, Technologie und Integration schwerbehinderter Menschen.

Informationen zu regionaler Weiterbildung können bei den regionalen Handwerkskammern und den IHKs abgefragt werden.

Das Land NRW unterstützt kleinere Betriebe bis 250 MitarbeiterInnen durch den „Bildungsscheck“. Nach einer verpflichtenden Beratung werden die Kurs-

gebühren zur Hälfte (bis maximal € 500.-) übernommen. Dieses Angebot richtet sich hauptsächlich an Beschäftigte, die im laufenden Jahr kein Weiterbildungsangebot angenommen haben, aber auch an Berufsrückkehrende und ExistenzgründerInnen.

Weitere Informationen:

> www.bildungsscheck.nrw.de

Eine an das Einkommen gebundene Hilfe gewährt der Bund. Auch hier beträgt die maximale Förderung € 500.-.

Weitere Informationen:

> www.bildungsprämie.info

HANDWERK IST WIEDER MOTOR DES AUFSCHWUNGS 5000 NEUE ARBEITSPLÄTZE WERDEN IM NRW-HANDWERK ERWARTET

Die Handwerksbetriebe in NRW werden in diesem Jahr etwa 5.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Das geht aus der Prognose des Handwerkstages hervor, die gestern in Düsseldorf vorgestellt wurde.

Zusätzliche Stellen wollten vor allem Betriebe schaffen, die Zulieferer der Industrie sind. Auch in den Gesundheitsberufen entstünden viele neue Arbeitsplätze. Im NRW-Handwerk seien rund eine Million Frauen und Männer beschäftigt. Diese Zahl habe sich in den vergangenen zehn Jahren trotz Krisenzeiten kaum verändert.

Das Beschäftigungsplus 2011 könnte noch weitaus größer sein, wenn es mehr geeignete Bewerber geben würde. „Der Facharbeitermarkt ist leergefegt“, sagte Wolfgang Schulhoff, Präsident des NRW-Handwerkstages. Die Zahl der Schüler, die ohne einen Abschluss die Schulen verlassen, müsse gesenkt werden. „Wir bilden alle aus, die ausbildungsfähig sind.“ Das Handwerk stelle jede dritte Lehrstelle im Land. Viele Betriebe werden laut Umfrage 2011 stärker investieren. Der Umsatz werde um etwa 1,5 bis zwei Prozent zunehmen. (dpa)



KRITIK AN BUNDESREGIERUNG

ERWARTUNGEN DES HANDWERKS WURDEN STARK ENTÄUSCHT

Von der Enttäuschung des Handwerks über die Politik der Bundesregierung handelt ein Artikel in „Das Handwerk“ vom 27.12.2010: „Ziel verfehlt“ – so knapp und enttäuscht reagiert das Handwerk auf den Beschluss des Koalitionsausschusses zum Steuervereinfachungsgesetz. Der Beschluss bleibe deutlich hinter den Erwartungen des Handwerks zurück.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) fordert deshalb erhebliche Nachbesserungen durch die Bundesregierung, entweder in diesem Gesetzesvorhaben oder an anderer Stelle. Entsprechende Vorschläge für Vereinfachungen im Steuerverfahrensrecht und im materiellen Recht hat der ZDH bereits zu Beginn des Jahres (2010, die Red.) vorgelegt, erklärte ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke. Im Unternehmensbereich müsse es zu einem deutlichen Abbau der Steuerbürokratie kommen. Die vorgesehene Erleichterung der elektronischen Rechnungsstellung für die Betriebe begrüßte Schwannecke dagegen. Sie müsste nach europäischem Recht aber ohnehin zum 1. Januar 2013 umgesetzt werden. Alle anderen Maßnahmen im Steuervereinfachungsgesetz betreffen die Unternehmen gar nicht oder nur am Rande.

Als positiv wertet Schwannecke die Ankündigung der Bundesregierung, bis September 2011 auch Vorschläge für eine Modernisierung und Vereinfachung des Unternehmensteuerrechts vorzulegen. <

RÖPKE-SYMPOSIUM 2010

MOTTO: „EIGENTÜMERVERANTWORTUNG IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“

Ein kommentierter Bericht von André Brümmer zum 4. Röpke-Symposium am 1.12.2010 in Düsseldorf

Diese Veranstaltungsreihe hat sich als wichtiges Forum des Austausches von Wissenschaft und Handwerk etabliert, von dem viel beachtete Impulse zur ordnungspolitischen Positionierung des Handwerks ausgehen. Veranstalter sind das Kompetenzzentrum Soziale Marktwirtschaft der HWK Düsseldorf,

der NWHT und der Bund Katholischer Unternehmer. Das Kompetenzzentrum steht für die Grundsätze der Marktwirtschaft und gibt dem Handwerk eine starke Stimme, damit Verantwortung und Haftung die Grundlagen unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bleiben. Ziel ist es, das Bewusstsein für ordnungspolitische Grundfragen wach zu halten, diesen Ordnungsrahmen in der Tradition der Freiburger Schule anzumahnen und für eine freie Wirtschaftsordnung mit menschlichem Maß zu werben. Das Zentrum führt Symposien zur Wirtschaftsordnung durch, leistet und veröffentlicht Diskussionsbeiträge zur Sozialen Marktwirtschaft. Diese „Röpke-Symposien“ sollen Beiträge zu den Grundfragen der Sozialen Marktwirtschaft vorstellen und ein Forum zur ordnungspolitischen Positionierung bieten.

Beim 4. Symposium ging es um die Frage, wie das Leitbild des persönlich haftenden Unternehmers gestärkt werden kann. Es wurde die Thematik behandelt, wie in großen Kapitalgesellschaften die Flucht wichtiger Entscheidungsträger aus der Verantwortung gestoppt und der ordnungspolitisch gebotene Zusammenhang von Eigentum und Verantwortung wieder stärker verankert werden kann (*Quellen: Internetportal der HWK Düsseldorf, Einladungsschreiben von Prof. Wolfgang Schulhoff und Dr. Thomas Köster zum 4. Röpke-Symposium*).

Hier ein kommentierter Kurzbericht der Veranstaltung:

Als Vertreter der AGSNRW war ich zum wiederholten Mal Gast dieser Veranstaltungsreihe. Meine hohen Erwartungen konnten Dank der wie gewohnt hochkarätigen Mitwirkenden voll erfüllt, ja, sogar übertroffen werden. Etwa 100 Konferenz-Teilnehmer hatten die Ehre und das Vergnügen, 16 Vertretern aus der Wissenschaft und von Wirtschaftsverbänden zuzuhören und mit ihnen zu diskutieren. FAZ-Mitherausgeber Holger Steltzer moderierte die Veranstaltung.

NWHT-Präsident Professor Schulhoff hielt zur Begrüßung der Gäste ein Plädoyer für die Verbindung von Eigentum, Haftung und dem verantwortungs-

bewussten Unternehmer. Dies sei der Maßstab für die Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft. Unternehmensformen mit Haftungsbeschränkungen seien Einladungen zur Verantwortungslosigkeit.

Klare Worte von Professor Schulhoff! Sie hätten es verdient, wenn sie bei der Politik Gehör finden würden.

Der erste Block behandelte den Zusammenhang von Eigentum und Verantwortung. Prof. Dr. Alfred Schüller von der Universität Marburg machte das Versagen staatlicher Währungspolitik für Krisen verantwortlich.

Es ist wohl eher das Fehlen einer Wirtschafts- und Finanzordnung, die die menschliche Gier zügelt.

Prof. Dr. Otto Depenheuer von der Universität Köln forderte mehr Übernahme von Verantwortung für das eigene Handeln. In seinem Bereich sei jeder für alles verantwortlich und habe daher auch verantwortlich zu handeln. Er zitierte dazu passend das Gedicht „Das Böse“ von Eugen Roth, in dem es heißt: „Unschuldig wirken sie zusammen, wen dürfen, einzeln wir verdammen?“.

Es lohnt sich, das ganze Gedicht zu lesen. Eugen Roth ist immer aktuell und wird es wohl bleiben.

Martin Wilde, Geschäftsführer des BKU, beklagte, dass Kleinanleger ihre Verantwortung beim Bankschalter abgeben würden. Er forderte, Eigentümerverantwortung dürfe nicht mehr delegiert werden, um Versagen von Hauptversammlungen zu verhindern.

Kleinanleger sind in der Regel mit der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten überfordert und nur bedingt verantwortlich. Ihre sogenannten „Vertreter“ missbrauchen allerdings oft das ihnen übertragene Mandat.

Bei der anschließenden Diskussion bedauerte Dr. Köster, dass die Vorbildfunktion mittelständischen

Unternehmerverhaltens nicht genügend öffentlich wahrgenommen und zum Diskurs gehören würde.

Unser Wirtschaftssystem wäre vorbildlich, wenn sich ALLE Teilnehmer ihrer Verantwortung bewusst wären und entsprechend handeln würden.

Zur Verantwortung von Kapitalgesellschaften wies Prof. Dr. Erich Weede von der Universität Bonn auf die Interessensgegensätze zwischen Managern, Eigentümern und dem Allgemeinwohl hin. Thomas Minder von der „Eidgenössischen Volksinitiative gegen die Abzockerei“ beklagte das Prinzip des „to big to fail“. Abzocker würden notfalls den Staat zur Hilfe rufen. Die Lösung sei „geordnete Insolvenz statt staatliche Intervention“.

Staatliche Interventionen sind zur Begleitung des Strukturwandels unverzichtbar! Als Steuerungsinstrument der Wirtschaftspolitik muss sie aber verantwortungsbewusst und zeitlich begrenzt eingesetzt werden.

Prof. Dr. Rudolf Hickel (Uni Bremen) trat für einen wirkungsvolleren Ordnungsrahmen für Wirtschaft und Finanzwesen ein. Er wies auf den Erfolg der Sozialpartnerschaft in Deutschland hin. Seine Forderungen: Steuerrabatte für haftende Unternehmer, Stärkung der Hauptversammlung, Infragestellung des Depotstimmrechts. Ein differenziertes Steuerrecht für Unternehmer und Kapitalgesellschaften sei ein geeignetes Steuerungsmittel.

Das sind konstruktive Vorschläge zur Krisenbewältigung und zur Verhinderung/Eindämmung zukünftiger Probleme!

Prof. Dr. Hans-Jörg Thieme von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf verurteilte eine verfehlte Geldpolitik und mahnte eine Effizienzprüfung von Finanzmarktregulierungen an.

Die globale Wirtschaft lässt sich durch „Geldpolitik“ nur unzureichend steuern. Was fehlt, sind wirksame Regulierungen des Finanzmarktes. Diese notwendigen Regulierungen müssen erst mal eingeführt werden und wirken, bevor man ihre Effizienz prüfen kann.

Dr. Joachim Zweynert (Geschäftsführer des Wilhelm-Röpke-Instituts, Erfurt) hielt Krisen für gesund.

Dürfen nur die Stärksten überleben? Raubtierkapitalismus ist doch gerade nicht Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Krisen sind eher die Folge von Missachtung dieser von uns vertretenen Marktordnung.

Für Prof. Dr. Werner Teufelsbauer (Studienges. für Mittelstandsfragen, Wien) sind Selbstverpflichtungen der Wirtschaft nur PR-Instrumente.

Leider nur zu wahr!

Jeder Pensionär, ob staatlich oder privat versichert, sei Teilhaber eines unbekanntes Risikos.

Was den meisten Leuten nicht bewusst ist!

Die Ursache für die aktuelle Krise sei das Resultat verfehlter Politik. Einer Intervention von Dr. Andreas Möhlenkamp (HGF des Wirtschaftsverbandes Stahl- und Metallverarbeitung, WSM, Düsseldorf) folgte der 4. Teil des Symposiums:

„Die Renaissance des persönlich haftenden Unternehmers“

Prof. Dr. Gerrit Meiyer (Uni Maastricht) erinnerte an das Unternehmerbild der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft. Toni Hinterdobler (HGF der HWK Niederbayern) sah die unternehmerische Freiheit durch mittelstandsfeindliche Steuer- und Abgabepolitik gefährdet. Rüdiger Otto, Vors. d. Baugewerblichen Verbände Nordrhein, kritisierte die Zahlungsmoral und den ausufernden Bürokratismus von Behörden.

Das Schlusswort sprach Dr. Köster. Für ihn ist durch die Beiträge der Veranstaltung das vollhaftende Eigentümer-Unternehmerbild bestätigt worden.

Dem kann man als aufmerksamer, politisch agierender Zuhörer nur voll beipflichten.

Dr. Köster fasste den Konferenzverlauf in fünf leserwerten Positionen zusammen. Diese sind abrufbar zusammen mit weiteren, ausführlichen Informationen zum 4. Röpke-Symposium in einer Pressemitteilung der HWK Düsseldorf :

➤ www.hwk-duesseldorf.de/presse/presse67_2010.html

Fazit:

Es ist falsch, wenn einige Teilnehmer des Symposiums die Hauptverantwortung für die derzeitige Krise bei der Politik sehen. Es stimmt: Die Politik hat Fehler gemacht. Da schließe ich unsere SPD nicht aus. Dass Hans Eichel unter internationalem Druck Zertifikate zugelassen hat, war ein solcher Fehler. CDU und FDP scheinen aber zu vergessen, dass sie diese Maßnahme unterstützt haben. Auch die Grünen schweigen zu ihrer politischen Mitverantwortung.

Wer politische Fehler der Vergangenheit benennt, muss allerdings bereit sein, aus diesen Fehlern zu lernen. Eine Lehre aus der Krise wäre die Schaffung eines neuen Ordnungsrahmens für Finanzgeschäfte, wie von uns gefordert. Es reicht nicht, dem nur bedingt zuzustimmen. Die Bundesregierung sollte ihre eigenen Sonntagsreden ernst nehmen und ihre Blockadepolitik gegen solche Forderungen auf internationaler und europäischer Ebene aufgeben. Neoliberale Finanz(de)regulierung passt auch nicht zur sozialen Marktwirtschaft, zu der wir uns vorbehaltlos bekennen.

Das 4. Röpke-Symposium hat gezeigt:

Der haftende, verantwortungsvoll handelnde Unternehmer taugt als Leitbild für unsere Wirtschaft.

Man kann den Verantwortlichen für das Röpke-Symposium, Prof. Dr. Schulhoff und Dr. Köster, nur zu ihrem Beitrag für eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft danken und zum Gelingen dieser Veranstaltung gratulieren. Fortsetzung folgt. Hoffentlich! <

AUS DER SPD-LANDTAGSFRAKTION NRW

ANDRÉ STINKA

DIOXINSKANDAL HAT KONSEQUENZEN



André Stinka MdL

André Stinka, Klima- und Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, begründete zu Beginn des Plenartages am 19.01. den Entschließungsantrag „Lebensmittel sicher machen – Verbraucherinnen und Verbraucher vor Schadstoffen schützen“, den die SPD gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner und der Fraktion „Die Linke“ in den Landtag eingebracht hatte.

Anlass ist der jüngste Dioxin-Skandal, bei dem in den vergangenen Wochen bundesweit über eine halbe Million Verbraucher mit Lebensmitteln in Berührung gekommen waren.

„Wir brauchen mehr Transparenz und mehr Informationen darüber, wer zu welchem Zeitpunkt welche belasteten Erzeugnisse verkauft hat und wie diese zu erkennen sind. Denn was nützt es zu wissen, da gab es einen Skandal, da sind möglicherweise giftiges Fleisch oder giftige Eier in den Handel gelangt, ohne zu wissen wo und wann? Das schafft jede Menge Verunsicherung und führt dazu, dass gänzlich unschuldige Landwirte und Erzeuger auf Produkten mit einer guten Qualität einfach sitzen bleiben und diese entsorgen müssen. Daher ist es notwendig, das Verbraucherinformationsgesetz, welches hier eigentlich ein gutes und wirkungsvolles Instrument sein könnte, schnell zu novellieren und zu verbessern“, forderte Stinka.

Weitere Informationen:

➤ [Komplette Rede von Andre Stinka](#) (PDF)

SÖREN LINK

STELLUNGNAHME ZU „KOPFNOTEN“ ANGEKÜNDIGT



Sören Link MdL

Die AGSNRW hat in mittlerweile drei Artikeln (im August, November und Dezember 2010, Links s.u.) von einer ersatzlosen Streichung der „Kopfnoten“ abgeraten und die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, den rot-grünen Koalitionsvertrag umzusetzen.

Darin wird noch ausgeführt: „[...] Wir brauchen statt dessen eine andere Form, um das Arbeits- und Sozialverhalten rückzumelden.“

In der am 15.12.2010 im Düsseldorfer Landtag beschlossenen Änderung des Schulgesetzes findet sich jedoch nur noch eine freiwillige Vereinbarung, die es den Versetzungskonferenzen von nun an freistellt, „Aussagen über Arbeits- und Sozialverhalten“ sowie „weitere Bemerkungen über besondere Leistungen und besonderen persönlichen Einsatz im außerunterrichtlichen Bereich“ in die Zeugnisse aufzunehmen.

Anfang Januar 2011 sprachen wir am Rande einer Veranstaltung der AfB („Arbeitsgemeinschaft für Bildung“) zur Gemeinschaftsschule im Dortmunder Rathaus kurz mit Sören Link, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Schule und Weiterbildung. In dem Gespräch gelang es ihm allerdings noch nicht, für den jetzt von Rot-Grün eingeschlagenen Weg zu werben. Sören Link sagte aber für eine der nächsten Ausgaben der AGS:NACHRICHTEN eine ausführlichere Stellungnahme zu. Wir werden weiter berichten.

Weitere Informationen:

➤ [AGS:NACHRICHTEN August 2010](#) (PDF, 470 kB)

➤ [AGS:NACHRICHTEN November 2010](#) (PDF, 242 kB)

➤ [AGS:NACHRICHTEN Dezember 2010](#) (PDF, 609 kB)

DIE AGSNRW BEI TWITTER:

<http://twitter.com/agsnrw>

GASTBEITRAG DER AGS BADEN-WÜRTTEMBERG

LARS BARTEIT, VORSITZENDER DER AGS BAWÜ: FACHKRÄFTE – WIRTSCHAFTSFAKTOR DER ZUKUNFT



Lars Bartheit

Gute Arbeit zu fördern und den Menschen den sozialen Aufstieg in Eigenverantwortung zu ermöglichen, ist für uns ein zentraler Gedanke sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Für uns leisten gute Arbeit nicht nur Menschen mit Arbeitsvertrag,

sondern auch Selbständige und Unternehmer, indem sie Arbeit für sich und Arbeitsplätze für andere in unserem Land schaffen – sowohl mit ihrer eigenen Schaffenskraft wie auch als Arbeitgeber und Ausbilder. Wir werben für eine Kultur der Selbständigkeit in Verantwortung für gute Arbeit.

Gute Arbeit bedeutet für uns aber auch Arbeit, die dem Menschen gerecht wird. Die Veränderung der Lebens- und Arbeitswelt ist heute zu einem festen Bestandteil unseres Alltags geworden. Hierbei zeigt insbesondere der demographische Wandel die Chancen und Risiken der Zukunft unserer Wirtschaftswelt auf: Wir leben in einer alternden und von Geburtenrückgängen gezeichneten Gesellschaft. Immer weniger Erwerbstätige müssen für die Finanzierung unserer gesellschaftlichen Leistungen aufkommen. Wir werden die Erwerbstätigenquote erhöhen, länger arbeiten und den Wert unserer Arbeit steigern müssen. Dies ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft wie auch der sozialen und der Generationengerechtigkeit. Ansatzpunkte zur Steigerung des Fachkräfteangebots in Baden-Württemberg sehen wir in der Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus, der Erhöhung des Arbeitsvolumens von Frauen und der Förderung der Zuwanderung nach Baden-Württemberg.

Aus- und Weiterbildung

Die jungen Menschen tragen immer mehr Lasten, ohne dass ihnen eine ausreichende Zukunftspers-

pektive in der Wirtschaft geboten wird. Verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik hat die Rahmenbedingungen zu setzen, um jungen Menschen ein dauerhafter Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Hiervon profitieren Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen. Denn Produktivitätsgewinne werden wir in Zukunft mehr als heute über gesteigerte Innovationen erzielen müssen. Dafür braucht es besser gebildete und höher qualifizierte Mitarbeiter. Hier hat die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren zu wenig investiert und damit ebenso zu ihrer Innovationsschwäche beigetragen wie der Reformstau in unserem Bildungswesen. Der Abstand zu anderen Ländern hat sich besonders bei den akademisch Qualifizierten vergrößert und damit eine Fachkräftelücke entstehen lassen.

Es sind nicht nur tiefgreifende Strukturveränderungen der globalisierten Arbeitswelt und die Knappheit an Erwerbstätigen, die nach Erhöhung des gesellschaftlichen Bildungskapitals verlangen, um wettbewerbsfähig und innovationsfreudig bleiben zu können. Auch dem Einzelnen wird eine stetige Höher- und Weiterqualifizierung abverlangt, damit er berufsfähig wird und bleibt und mit der dynamischen Entwicklung einer zunehmend wissensbasierten Wirklichkeit Schritt halten kann.

Gegenwärtig erreichen zu viele Jugendliche kaum die für gesellschaftliche Teilhabe nötigen sprachlichen und mathematischen Basiskompetenzen und bleiben damit ohne Aussicht auf eine berufliche Zukunft, die ihnen Arbeit und Einkommen sichert. Das belastet den Sozialstaat, vergeudet Steuerausgaben und entzieht dem Arbeitsmarkt den qualifizierten Nachwuchs. Die Zahl an Bildungsverlierern ist zu hoch.

Wir wollen das Bildungssystem individualisieren, um keinen durch mangelnde Förderung zurückzulassen. Zugunsten von Bildungsmobilität werden wir es durchlässiger und vor allem gebührenfrei gestalten. Es ist für uns selbstverständlich, auch das Personal an unseren Bildungseinrichtungen den neuen Aufgaben entsprechend zu professionalisieren.

Bildung darf nicht erst in der Schule beginnen. Kindergärten und Kindertagesstätten sehen wir nicht als Betreuungseinrichtungen, sondern gehören nach unserem Verständnis zur Bildungslaufbahn. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Einführung eines pädagogischen Konzepts, überprüfbarer Bildungsstandards und eines Evaluationsverfahren zur Bewertung der Entwicklungsfortschritte der Kinder, welches über die bestehenden Bildungspläne hinausgeht. Weil wir niemanden als Bildungsverlierer zurücklassen wollen, setzen wir uns für eine Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zum qualifizierten Berufsabschluss ein. Gleichermaßen fordern wir aber auch die verpflichtende Teilnahme insbesondere im vor-schulischen Bereich.

Nur durch die Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus und einer deutlichen Steigerung der Zahl der Schulabgänger mit einem möglichst hohen Bildungsabschluss, lässt sich die Grundlage für eine gute Facharbeiterausbildung legen.

Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung von Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen ein. Projekte, wie das Bündnis für Ausbildung und das Projekt Jugendberufshelfer, sind weiter zu verbessern und landesweit auszubauen.

Um die Ausbildungsquote unter den Betrieben zu steigern, ist das eingeführte externe Ausbildungsmanagement zu intensivieren. Ziel des externen Ausbildungsmanagement ist es, insbesondere kleineren Unternehmen im Bereich der Ausbildung Entlastung anzubieten. Das Ausbildungsmanagement soll die Unternehmen bei der Bewerberauswahl, der Erledigung administrativer Aufgaben, der Erarbeitung von Ausbildungsplänen und beim Coaching von Auszubildenden unterstützen. Außerdem soll es eng mit den Berufsschulen zusammenarbeiten, die Auszubildenden in der Prüfungsvorbereitung unterstützen und Zusatzqualifikationen im Hinblick auf die speziellen Anforderungen des auszubildenden Betriebes vermitteln.

Die duale Ausbildung hat sich bewährt, aber dem Mangel an Lehrkräften an den beruflichen Schulen ist entgegenzuwirken. Die Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen ist sinnvoll, sofern den Beschäftigten entsprechende weiterführende Qualifikationsmöglichkeiten eröffnet werden.

Ohne ein steigendes Potenzial an Akademikern und Facharbeitern werden wir auf den Zukunftsmärkten nicht bestehen. Eine Erhöhung der Studierendenquote lässt sich hier am wirksamsten durch eine stärkere Durchlässigkeit zum gebührenfreien Hochschulstudium erzielen. Es gilt, insbesondere auch den Zugang zu den Hochschulen zu vereinfachen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben liegt in Deutschland traditionell unter der von Vergleichsländern. Zur Sicherung eines ausreichenden Angebots an Fachkräften in Baden-Württemberg wird die Erhöhung des Arbeitsvolumens insbesondere von Frauen essentiell sein. Die im europäischen Vergleich gute Erwerbstätigenquote von Frauen mit 78 Prozent täuscht über die wahre Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben hinweg. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Frauen in Baden-Württemberg liegt lediglich bei 29,4 Stunden. Um eine Erhöhung der Arbeitszeit zu erreichen, ist auf eine gezielte Förderung der ganztägigen Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Schule und auf den Abbau von Negativanreizen hinzuwirken. Dass wir qualifizierte Frauen, die eine höhere Ausbildung hinter sich haben, für den Arbeitsmarkt verlieren oder Jahre später nur unter Wert, häufig auf Teilzeitbasis unzulänglich in die Erwerbstätigkeit integrieren, ist eine volkswirtschaftliche Verschwendung.

Für Baden-Württemberg ist die Ganztagesbetreuung ein wichtiger Ansatzpunkt, um die Teilzeitquote von Frauen zu verringern. Der Mangel an flexiblen Einrichtungen der Kinderbetreuung ist mitverantwortlich dafür, dass Frauen hierzulande Familie und Beruf eher nach- statt nebeneinander vereinbaren. Dabei ist die Ganztagesbetreuung auf die Realitäten in der Arbeitswelt abzustimmen. Eine Betreuung bis 15 Uhr ist nicht ausreichend, um einer durchschnittlichen Vollerwerbstätigkeit nachzukommen. Auch bei der Ganztagesbetreuung im vorschulischen Bereich hat Baden-Württemberg einen Nachholbedarf. Vor dem Hintergrund der Erhöhung der Erwerbstätigenquote sollten Kinderbetreuungsplätze zunächst bevorzugt an Eltern vergeben werden, die beide berufstätig sind oder eine Arbeit aufzunehmen planen.

Konsequenterweise ist von dem geplanten Betreuungsgeld in Höhe von monatlich 150 Euro für Eltern, die keinen Betreuungsplatz für ihr Kind in Anspruch nehmen wollen, Abstand zu nehmen. Ein solches Instrument verhindert die Erwerbstätigkeit von Müttern und führt dazu, dass besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten zu Hause bleiben.

Unser veraltetes Steuersystem fördert durch das Ehegattensplitting den Rückzug von Frauen aus dem Erwerbsleben und benachteiligt Familien, in denen beide Elternteile arbeiten. Das Ehegattensplitting wie auch die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung sind unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten falsche Anreize. Statt der gemeinsamen Besteuerung von Ehepartnern ist ein System der Individualbesteuerung einzuführen. Durch einen solchen Paradigmenwechsel ergeben sich auch beschäftigungspolitische Effekte. Anreize können motivieren, bis sie Einstellungsmuster und Verhaltensweisen ändern, dauert es aber. Die zusätzlichen Steuereinnahmen aus dem wegfallenden Splittingvorteil müssten der Allgemeinheit über eine Senkung des Steuertarifs wieder zurückgegeben werden.

Einwanderung und Integration

Darüber hinaus kann und muss der Bedarf an Fachkräften über die Anwerbung hochqualifizierter Zuwanderer gedeckt werden. Deutschland gehört zu jenen Ländern, die die höchste Nettozuwanderung brauchen, um den Bestand der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter konstant zu halten. Dennoch tun wir uns traditionell schwer mit Zuwanderern. Dies zeigt sich deutlich an jenen, die schon hier sind. Obwohl kein anderes europäisches Land so viele Zuwanderer beherbergt wie wir, gelingt es uns bisher nicht, ihre Kinder über eine qualifizierte Bildungsbeteiligung zu integrieren.

Es gilt, die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft als Chance zu begreifen. In einer globalisierten Welt eröffnen Mehrsprachlichkeit und das Verständnis für kultureller Zusammenhänge Marktchancen gerade auch für kleinere und mittelständische Unternehmen. Neben der gezielten Förderung von Fremdsprachen und Austauschprogrammen auch für Menschen ohne Migrationshintergrund ist die

Sicherstellung der Beherrschung der deutschen Sprache für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft essentiell. Wenn wir ein ernst zu nehmender Mitbewerber um hochqualifizierte Migranten werden wollen, dann müssen wir die rechtlichen Hürden des Zugangs modifizieren und dürfen uns einer ehrlichen, gesellschaftlichen Debatte über Zuwanderung und Integration nicht weiter verschließen. Im Wettbewerb um qualifizierte Migranten sind wir aufgrund starrer Vorschriften für dauerhafte Aufenthaltserlaubnisse und einer rückwärtsgerichtetem Zuwanderungsdebatte der internationalen Konkurrenz hoffnungslos unterlegen. <

TERMINE

• **Mittwoch, 09.02.2011, 20:00 Uhr**

AGS-Stammtisch Stadtverband Recklinghausen

Hausbrauerei Boente, Recklingsn., Veststübchen

• **Donnerstag, 17.02.2011, 20:00 Uhr**

Die AGS Gelsenkirchen bittet zum Tanz!

Schalcker Sportpark, Raum 2

• **Donnerstag, 24.02.2011, 18-20 Uhr**

AGS RegioAachen / HWK / EUROTÜRK e.V. Aachen:

„Anerkennung handwerklicher Berufsqualifikationen aus dem Ausland“

HWK Aachen, Sandkaulbach 21, 52062 Aachen

Alle ausführlichen Veranstaltungshinweise:

> www.ags-in-nrw.de/termine.htm

FEBRUAR-VORSCHAU:

DREIKÖNIGSTREFFEN DES NWHT

In der nächsten Ausgabe berichten wir über das diesjährige Dreikönigstreffen des NWHT. Das Thema der Veranstaltung lautete „Mehr als Wirtschaft – Handwerk als Lebensform und Wertekosmos?!“. MdB Dr. Norbert Röttgen hielt den Festvortrag. Die AGSNRW war erstmalig Gast der Veranstaltung. <

Bis zur nächsten Ausgabe

André Brümmer

AGS-Landesvorsitzender NRW

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe der
AGS:NACHRICHTEN ist der **20.02.2011**.